

Spontanbeförderung einer Parteifreundin – und der große Ärger für Weil

Niedersachsens Regierungschef Weil (SPD) soll seiner Büroleiterin ein besseres Gehalt verschafft haben, als ihr zugestanden hätte. Bald muss er sich in einem Untersuchungsausschuss rechtfertigen. Geht es nach der CDU, könnten auch auf Verteidigungsminister Pistorius (SPD) unangenehme Fragen zukommen.



Ende Dezember 2023: Ministerpräsident Stephan Weil mit seiner Büroleiterin Aynur Colpan (beide SPD) unterwegs im Hochwassergebiet im Heidekreis Ulrich Stamm/Geisler-Fotopress/picture alliance© Bereitgestellt von WELT

Stephan Weil sagt keinen Ton in dieser für ihn so unangenehmen Landtagssitzung in Hannover. Er vertieft sich in die vor ihm liegenden Papiere, zeichnet mit grünem Stift dies und das. Nur gelegentlich, wenn der Ton der laufenden Debatte polemisch wird, hebt er den Kopf und schaut ein wenig irritiert zur Seite. Diesen Tag hätte sich Niedersachsens sozialdemokratischer Ministerpräsident gerne erspart. Er hat ihn sich aber, im Verbund mit seinem Staatskanzleichef Jörg Mielke (SPD), selbst eingebrockt.

Anmerkung: Wenn Weil Character zeigen würde, würde er sich der Verantwortung stellen und alles aufklären. „z. B. „Ich habe ein Fehler begangen etc. und alles erklären.“

Von: DANIEL PUSKEPELEITIS

11.03.2024 - 12:00 Uhr

in Untersuchungsausschuss nimmt Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (65, SPD) ins Visier. Ausgerechnet seine eigene Büroleiterin (33) bringt ihn in Bedrängnis.

Hintergrund: Das Gehalt von Weils enger Mitarbeiterin war im November 2023 großzügig aufgestockt worden – um etwa 1900 Euro auf nun 8200 Euro monatlich. **Zudem erfolgte die Gehaltserhöhung rückwirkend zum 1. August, zum Ende ihrer Probezeit.**

*Hat der **Regierungschef die Beförderung rechtswidrig durchgedrückt**? Das ist eine Frage, die die **CDU** im Untersuchungsausschuss zur „Gehaltsaffäre in der Staatskanzlei“ klären will.*

Fest steht: Die bessere Bezahlung wurde erst durch eine Änderung der Regeln zu „außertariflichen Vergütungen an Beschäftigte in obersten Landesbehörden“ möglich. **Denn eigentlich müssten Mitarbeiter in ähnlichen Situationen bis zu zehn Berufsjahre warten, um in den Genuss eines so hohen Gehalts zu kommen.**

Die Vereinfachung der Gehaltsstruktur solle die Attraktivität des Landesdienstes auch für Quereinsteiger steigern, argumentiert die Staatskanzlei. Allerdings: Weils Büroleiterin, die auch Vorsitzende der SPD im Heidekreis ist, profitierte als erste Beschäftigte von der Änderung.

Im Vorfeld hatte es Bedenken im Ministerium von Finanzminister Gerald Heere (44, Grüne) gegeben. In E-Mails (liegen BILD in Auszügen vor) warnten Mitarbeiter vor einer „Bezahlung nach Gutdünken“, was ein „unzulässiger Umgang mit Staatsgeldern“ wäre. Sogar von „Untreue“ ist die Rede.

Bedenken gab es auch in der Staatskanzlei

Pikant: Selbst in der Staatskanzlei gab es Zweifel. Ein Abteilungsleiter schrieb am 14. November an Jörg Mielke (64, SPD), Leiter der Staatskanzlei, und bat um eine „schriftliche Mitteilung“, dass das Finanzministerium dem Verfahren und der rückwirkenden Gehaltserhöhung zustimme. Mielke wies noch am selben Tag an, einen Mustervertrag für die Büroleiterin aufzusetzen: „Ich bitte, das jetzt rasch umzusetzen.“ *Allerdings stimmte Finanzminister Heere der neuen Regelung erst eine Woche später, am 20. November, zu.*

Und Weil?

Hatte auf jeden Fall Kontakt zum Finanzministerium. Finanz-Staatssekretärin Sabine Tegtmeyer-Dette (63, Grüne) schrieb bereits Anfang Juli an eine Abteilungsleiterin: „Für heute konnte ich das Gespräch mit dem MP abmoderieren; aber nächste Woche müssen wir einen Weg finden.“

Der Landtag könnte schon am Mittwoch dem Untersuchungsausschuss zur „Gehaltsaffäre“ zustimmen

Foto: Julian Stratenschulte/dpa

Weil selbst hat mittlerweile Fehler eingeräumt. „Wir haben uns die Sache durch den Ablauf wahrscheinlich selber schwer gemacht“, sagte er der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. „Wir hätten zunächst die Änderung der früheren Verwaltungspraxis in aller Ruhe vornehmen sollen, vielleicht zunächst auch den einen oder anderen Fall aus anderen Häusern von der Neuregelung profitieren lassen sollen.“

Der Vorwurf der Rechtswidrigkeit allerdings sei aus der Luft gegriffen, betonte er

.....

Anmerkungen:

**Wo steht denn, dass man in der Probezeit die Gehälter erhöhen kann?
RÜCKWIRKENS usw.**

**Es sollte alles genau untersucht werden, ist denn eigentlich das Geld von 6.300,- €
im Monat nicht genug für Frau Colpan ? Warum denn nochmal 1.900,- € drauf auf
ihr Gehalt.**

**1.900,-€ bekommen übrigens viele Rentner nicht im Monat . Und für 6.300 € ja da
müssen Rentner in 4 Monaten mit auskommen. Frau Colpan hat diese Summe im
Monat zur Verfügung.**

**Vor kurzem die Stadt- Affäre mit Großzügige Vergütung und nun die
Staatskanzlei- Affäre in Hannover, weiter so, man lernt ja nichts dazu!**